

## Rating kurz notiert

### S&P zahlt 1,5 Milliarden US-Dollar

Die Ratingagentur Standard & Poor's (S&P) und ihre Muttergesellschaft Mc Graw Hill Financial haben sich mit dem amerikanischen Justizministerium und einigen Bundesstaaten auf eine Vergleichszahlung in Höhe von 1,37 Milliarden US-Dollar geeinigt. Zusätzlich erhält der Pensionsfonds Calpers eine Entschädigungszahlung von 125 Millionen US-Dollar. Es habe sich nicht um Gesetzesverletzungen gehandelt, darauf legt S&P Wert. Die Vergleichszahlungen beruhen auf Ratings, die die Agentur in den Jahren 2004 bis 2007 auf bestimmte amerikanische RMBS und CDOs vergeben hat. Kurz vorher gab die amerikanische Börsenaufsicht SEC bekannt, dass sie die Ratingagentur zu einer Strafe von insgesamt 75 Millionen US-Dollar verdonnert hat. Die SEC verwendete in ihrer Begründung mehrmals den Begriff Betrug (fraud). Die Strafe bezog sich auf die Ratings von bestimmten CMBS Transaktionen im Jahre 2012.

### Moody's stuft Slowenien hoch

Slowenien erfreut sich bei Moody's über ein Investment-Grade-Rating. Die Agentur hat die Note für die langfristigen Verbindlichkeiten von „Ba1“ auf „Baa3“ angehoben und einen „stabilen“ Ausblick vergeben. Die Ratingagentur begründete die Hochstufung durch Fortschritte bei der Haushaltsentwicklung und der Stabilisierung des Bankensektors.

### Russland bei S&P im Junk-Bereich

Als erste der drei führenden Ratingagenturen hat Standard & Poor's die Bonität von Russland auf Ramsch-Niveau herabgestuft. Die langfristigen Verbindlichkeiten tragen nur noch die „BB+“ Einstufung, nach vorher „BBB-“. Den „negative“ Watch behält die Agentur bei. Die negativen Nachrichten aus der Ukraine, die Verschärfung der Rezession sowie die verschlechterte Situation des Bankensektors führten S&P-Analysten in ihrer Begründung auf. Russlands Bonitätsnote lag zuletzt vor elf Jahren

unterhalb des Investment-Grade-Bereichs. Bei Fitch und Moody's liegen die Noten derzeit noch eine Stufe über der vom Wettbewerber S&P. Die Analysten der Commerzbank erwarten, dass sie dort auch bleiben werden, sollte sich die Situation in der Ukraine nicht weiter verschärfen.

### Nord-LB wird ungeliebtes S&P-Rating los

Sie haben es geschafft. Seit 2011 versucht die Nord-LB, die Ratingagentur Standard & Poor's dazu zu bewegen, das nicht beauftragte (unsolicited) Bankrating zurückzuziehen. Damals hatte die Landesbank die Ratingbeziehung beendet, wie vorher beispielsweise auch die Bayern-LB. Die Agentur behielt die Note jedoch bei und begründete dies mit dem weiter existierenden Rating für die Nord-LB Enkeltochter in Luxemburg. Nun hat die Agentur das Rating zurückgezogen und dies mit mangelndem öffentlichen Interesse begründet. S&P hatte zuletzt ein „BBB+“ Langfrist-Rating und dafür einen „negativen“ Ausblick. Bei den Konkurrenten Fitch und Moody's liegen die Bonitätsnoten um zwei Stufen beziehungsweise eine Stufe höher, der Ausblick ist jeweils „negativ“.

### Pfandbriefbank mit verändertem Ausblick

Die Unsicherheiten bezüglich der geplanten Privatisierung der Deutschen Pfandbriefbank (pbb) haben S&P dazu verleitet, den Ausblick von „negativ“ auf „developing“ zu verändern. Die Lang- und Kurzfrustratings von „BBB/A-2“ wurden bestätigt, ebenso die Noten für die unterschiedlichen Hybrid-Instrumente. Für die Agentur ist die Chance auf eine erfolgreiche Privatisierung – die die EU-Kommission bis Ende 2015 vorschreibt – genauso groß wie die Möglichkeit einer Abwicklung der Bank. Das Langfrist-Rating liegt derzeit eine Stufe über der auf der eigenen Finanzkraft liegenden Bonitätsnote und spiegelt die Wahrscheinlichkeit gewisser staatlicher Unterstützung wieder. Im Falle einer Abwicklung ist aus Sicht der Ratinganalysten mit einer Hochstufung zu rechnen. Bei einer Privatisierung dürfte das neue

Rating wahrscheinlich eine Stufe unter der bisherigen „BBB“-Einstufung liegen, so die Agentur.

### S&P startet mit Umsetzung der Bail-in-Regeln

Die neuen Bail-in-Regeln für europäische Banken haben bei Standard & Poor's (S&P) zu ersten Änderungen unter anderem bei den Einstufungen deutscher, österreichischer und schweizerischer Banken mit systemischer Relevanz geführt. Ratingveränderungen beziehungsweise Verschlechterungen des Ausblicks beruhen auf der Erwartung einer deutlich geringeren Wahrscheinlichkeit staatlicher Unterstützung in Notfällen. Die nicht operative Holdinggesellschaft der Credit Suisse wurde, im Gegensatz zur operativ tätigen Bank – bei der weiterhin von staatlicher Unterstützung ausgegangen wird –, um eine Stufe von „A-/negativer Ausblick“ auf „BBB+/stabiler Ausblick“ herabgestuft. Bei der Deutschen Bank wurde aus dem „negativen Ausblick“ für das „A“ Langfrist-Rating ein „watch negativ“; das bedeutet, dass in den nächsten sechs Monaten mit einer Herabstufung zu rechnen sein dürfte. Für das „A-“ der Commerzbank und der österreichischen Banken Erste Bank und Raiffeisenbank International gab es die gleichen Aktionen. Bei der Unicredit Bank Austria wurde das „BBB+“ von „negativem Ausblick“ auf „negative watch“ geändert.

### 500 Milliarden US-Dollar an TLAC-Instrumenten

Für Standard & Poor's (S&P) dürfte die Umsetzung der Empfehlung des Financial Stability Boards bezüglich der Total Loss Absorbing Capacity (TLAC) der global systemrelevanten Banken zu einer Stärkung des Vertrauens in das Funktionieren der Bail-in-Mechanismen führen. Zugleich werden neue Fremdkapitalinstrumente geschaffen, die das Ausfallrisiko für die Halter von unbesicherten Anleihen (senior unsecured) reduzieren werden. Die Ratinganalysten gehen in einer ersten Schätzung davon aus, dass in den nächsten vier bis fünf Jahren von den global systemrelevanten Instituten TLAC-Instrumente im Umfang von 500 Milliarden US-Dollar auf den Markt kommen werden.